

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1800)

Rubrik: Vollziehungs-Ausschuss

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Dienstag, den 15 Juli 1800.

Erstes Quartal.

Den 26 Mesidor VIII.

Vollziehungs-Ausschuß.

Lauts, 23. Juni 1800.

Heinrich Ischoffe, Regierungscommissair in
den Cantonen Lugano und Bellinzona,
dem Vollz. Ausschuss.

Bürger Mitglieder des Vollz. Ausschusses!

Schon in einem meiner ersten Rapporte hatte ich
die Ehre Ihnen anzuzeigen, daß der durch ein Gesetz
in der helvetischen Republik aufgehobene Zehnden in den
italienischen Cantonen, seit Besitznahme derselben durch
die Oesterreicher, wieder hergestellt wurde, auf Verlan-
gen des kaiserl. Regierungscommissairs Grafen von
Cocastelli, und daß der Zehnden auch wirklich ohne
Anstand bezahlt wurde, besonders da er größtentheils
zur Unterhaltung der Geistlichen, milder Stiftungen
und einzelner Partikularen gereichte.

Aus beyliegenden Proclamationen der provisorischen
Regierungen von Mendrisio dat. 6. Juli 1799, und
Lugano dat. 2. Juli 1799, ersieht Sie, unter wel-
chen Erwägungen der Zehnden hergestellt wurde. Die
Wiedereinführung desselben war aber um so nothwen-
diger, da die provisorischen Regierungen der italieni-
schen Cantone keine Mittel besaßen, den Geistlichen
an der Stelle des Zehnden andere Quellen des Unter-
halts zu öffnen.

Jetzt, da die Erde erscheint, erwacht von neuem
die Sorge aller Zehndbesitzer und besonders der Geist-
lichkeit. Der Bischoff von Como, Carlo Rovelli,
steht an ihrer Spitze und sehet um Gestattung des
Zehnden in den beyden Cantonen, wie Sie aus der
beyliegenden Abschrift seines an mich gerichteten Schrei-
bens sehn. Eben so verwenden sich deswegen die pro-
visorischen Regierungen selbst.

Bürger Mitglieder des Vollz. Ausschusses! es ist
mir nicht unbekannt, wie vielen Beystand und Wider-
stand die Aufhebung des Zehnden hatte, und welche
Kämpfe er in den Versammlungen des gesetzgebenden
Corps veranlaßte. Ich trete auch in keine Discussion
über Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Abschaf-
fung oder Herstellung des Zehnden, glaube aber Ih-
nen und dem Vaterlande eine wesentliche Pflicht zu
leisten, wenn ich Ihnen meine Gedanken über das
dermalige Verhältniß des Zehnden in den italienischen
Cantonen entwikle, und darauf einen Vorschlag gründe,
der dem Staate in diesen Theilen vortheilhaft ist.

Der Zehnd in den welschen Cantonen gereicht be-
sonders zur Unterhaltung der Geistlichen, einiger mil-
den Stiftungen und Partikularen.

Da das Liquidationsbureau mitten in seinen Ar-
beiten durch das Einrücken fremder Truppen aufgelöst
wurde: so hat bis jetzt noch an keine Art der Ent-
schädigung der Zehndbesitzer gedacht werden können.

Die provisorischen Regierungen, indem sie die Zah-
lung des Zehnden wieder gestatteten, machten sich da-
durch den Clerus und vermittelst desselben das Volk
anhängig und ergeben.

Viele Partikularen und noch bey weitem mehr die
Geistlichkeit, dergleichen Hospitäler, sind mit dem
Verlust des Zehnden ihres Unterhalts beraubt für ein
Jahr. Ihre Lage ist um so härter, je theurer die
gegenwärtigen Zeiten sind. Meines Wissens hat die
Republik ihnen noch keine andere Mittel des Unterhalts
anweisen können.

Gerechtigkeit scheint also die einseitige Erlaubniß
der Entrichtung des Zehnden zu gestatten — die Po-
litik aber gebietet dieselbe.

Die Geistlichen und Zehndbesitzer in der gegenwär-
tigen allgemeinen Theuerung für ein ganzes Jahr ihrem

Mißmuth und ihrer Noth preis zu geben. — Den Clerus in diesen unruhigen Zeiten, in diesen Grenzgegenden von Cisalpinien (!), bey der Ungewisheit des Ausgangs eines verheerenden Krieges, von neuem oder mehr als je gegen die helvetische Regierung zu erbittern — ist unmöglich von der Convenienz des Vollziehungsausschusses, und muß selbst den geschwor- nen Freunden der Zehndvernichtung unrathsam dünken. Die Folgen der Strenge sind unübersehbar. Der Clerus, indem er die Geistlichkeit wieder in Cisalpinien geehrt sieht, wird die Vernachlässigung seiner durch die helvetische Regierung um so schmerzlicher empfinden.

Das einzige Hinderniß zur Gestattung des Zehnden ist das Gesetz, welches ihn in der ganzen Republik vernichtete.

Wenn aber auch wirklich Fälle von Wichtigkeit und reich an mächtigen Folgen keine Ausnahme vom Gesetz bewirken könnten: so glaub ich, ist das gegenwärtige politische Verhältniß der italienischen Cantone von solcher Art, daß, ohne Verletzung eines Gesetzes, ein- weilen für dieses Jahr die Entrichtung des Zehnden noch zugelassen werden könne.

Denn obwohl diese Cantone gegenwärtig wieder mit der Schweiz vereint sind, so sind sie doch aus bekannten Gründen noch nicht, den Vorschriften der Constitution gemäß, den übrigen Cantonen gleich organisiert. Man hat einweilen noch die provisorischen Regierungen müssen fortarbeiten und verschiedene ihrer Verordnungen so lange gelten lassen, bis man im Stande ist, auf eine solide Weise diese Gegenden constitutionell zu reorganisiren.

Da aus diesen Ursachen viele andere Gesetze der Helvetischen Republik hier noch unvollzogen bleiben müssen, so können die Verordnungen der provisorischen Regierungen, welche den Zehnden zu beziehen heißen, unter dem gegenwärtigen provisorischen Zustand der Cantone in Rechtskraft bleiben, wie es andere Verordnungen sind.

Ich ersuche Sie also, Bürger Mitglieder des Vollz. Ausschusses, die Verordnungen der provisorischen Regierungen für einweilen in Bezug auf den Zehnden, in Kraft zu lassen. Die Regierung erwirbt sich damit in diesen Gegenden eine mächtige Stütze durch den ganzen Anhang des hier so viel geltenden Clerus; verwandelt Feinde in Freunde und rettet durch diese Maßregel vielleicht das Land in einem künftigen Elern.

Ich bitte um die schnelligste Mittheilung Ihrer

Verhaltensbefehle, worauf das ganze Land mit Begierde wartet.

Gruß und Ehrfurcht!

(Sig.) Heinrich Schoffe.
Dem Original gleichl.: Bern den 30. Juni 1800.
Der Interims-Gen. Secr. des Vollz. Ausschusses,
Briatte.

Gesetzgebung.

Senat, 4. Juli.

(Fortsetzung.)

(Beschluß des Commissionarberichts über das zweite Buch des bürgerlichen Rechtsgangs.)

Es scheint sehr unrecht, wenn seine Gläubiger, wohl gar Buchhändler, nicht auf ihre eigene Waare greifen dürfen. Denn in diesem Falle ist der Buchhändler eben sowohl ein Gelehrter als der Büchernarr.

4. Der 28. Artikel verordnet, daß die gepfändeten Effekten wenigstens acht Tage lang vor dem Verkaufe, und noch drey Tage nach demselben aufbehalten werden sollen. Der Zustand eines Menschen, dessen Mobilien man verkauft, ist traurig. Es wäre menschlich, daß auch acht Tage nach dem Verkaufe er seine Mobilien, wenn er Mittel dazu findet, wieder an sich bringen möge.

5. Der 48. Art. wird sehr übel verstanden. Er unterwirft den Schuldner, welcher nach ergangener besonderer Pfändung irgend eine der besonders gepfändeten Effekten verabwandelt, einer Geldbuße von sechs Franken. Allein wenn die Pfändung beträchtlich ist, wenn sie sich auf den Werth oder die Summe von mehreren tausend Franken beläuft, findet sich auch noch ein Schuldner, der noch Anstand hat, zwischen dem Vermögen darüber zu schalten und der Furcht sechs Franken als Buße bezahlen zu müssen? Dadurch würden die meisten einer solchen Verordnung ausgesetzten Pfändungen entweder null und nichtig, oder es würden tausend Schwierigkeiten daraus entstehen.

6. Die Artikel 90 und 91 unterwerfen einer Buße von vier Franken den Gläubiger, bey welchem es sich zeigte, daß er eine Summe fordern würde, die ihm nicht gehörte, und den Schuldner, dessen Einwendungen gegen die Pfändung ungegründet gefunden würden. Allein es geschieht täglich, daß ein Gläubiger redlicherweise eine Schuld fordert, und ein Beklagter ebenfalls redlicherweise sich weigert. Da nun bloß